

Hamburger Abendblatt 2.9.14

# Kreis muss für Lärmschutz an der K 80 sorgen

**Von Glinde in Auftrag gegebenes Gutachten** entlastet die Stadt. Neue Wand kostet bis zu einer Million Euro

GLINDE :: Die Stadt Glinde muss nicht für den Bau einer neuen Lärmschutzwand an der Kreisstraße 80 aufkommen. Das besagt ein neues Gutachten, das die Verwaltung in Auftrag gegeben hat. Nach Informationen dieser Zeitung liegt die Zuständigkeit beim Kreis Stormarn.

Das Thema mangelnder Lärmschutz an der K80 beschäftigt Politik und Verwaltung in Glinde seit Jahren. „Dass die vorhandene Wand keinen ausreichenden Schutz garantiert, ist durch ein älteres Gutachten gestützt“, sagt Dagmar Coordts, Sprecherin der Bürgerinitiative „Lärmschutz K 80“. Unklar war bisher, wer die Kosten eines

Neubaus zu stemmen hat. In den vergangenen sechs Monaten hatten externe Verwaltungsjuristen im Archiv der Stadt gestöbert und mehr als 40 Jahre alte Verträge ausgewertet. Kosten für Glinde: rund 28.000 Euro.

In der jüngsten Bauausschusssitzung wurde dieser Punkt im nicht öffentlichen Teil behandelt. Die Politik hat sich maximale Diskretion auf die Fahnen geschrieben. Noch soll nichts nach außen dringen. Bezeichnend: CDU-Politiker Bernd Hengst, der in der Stübenkoppel wohnt und damit ein Nachbar Coordts' ist, musste den Sitzungsraum bei diesem heiklen Thema wegen Befangenheit verlassen. Über

den genauen Inhalt des Gutachtens will sich auch Bürgermeister Rainhard Zug nicht äußern. Er sagt: „Wir haben jetzt eine eindeutige Rechtslage.“ Man benötige noch zwei Sitzungen, um damit an die Öffentlichkeit zu gehen. Der Verwaltungschef: „Ich habe eine Stunde gebraucht, um den Politikern die juristische Aufarbeitung vorzustellen.“

Zusammen mit der Bürgerinitiative hatte die Stadt bereits im vergangenen Jahr ein Gutachten erstellen lassen. Wer den Bau einer neuen Lärmschutzwand zahlen muss, konnte damals aber nicht geklärt werden, zu verworren war die Situation. Nur so viel stand fest: Eigentümer der maroden Lärmschutz-

wand ist Glinde, finanziert wurde sie vom Kreis und der Stadt. Auf der einen Seite gab es einen Bebauungsplan, der die Erstellung eines fünf Meter hohen Lärmschutzwalls vorsieht. Auf privatrechtlicher Basis zwischen Kreis und Stadt wurde jedoch etwas anderes erstellt: eine Lärmschutzwand aus Holz mit einer dünnen Dämmplatte, die an Coordts' Grundstücksgrenze gerade einmal hüfthoch ist.

Die Gliner Bürgerinitiative hofft jetzt auf baldiges Handeln der Verantwortlichen. Coordts: „Es wird Zeit, dass uns geholfen wird.“ Der Neubau einer Lärmschutzwand kostet bis zu einer Million Euro. (suk)